

Bündnis 90 / Die **GRÜNEN** Friedberg

Wahlprogramm

zur

Kommunalwahl 2011

Version 1-0

Vom 21. Februar 2011

Kontakt: Bernd Stiller, Am Steinernen Kreuz 86, 61169 Friedberg
Bernd.Stiller@gruene-friedberg.de

Übersicht

Klimaschutz: Energiepolitik und Umweltschutz	3
Energiesparen und Energieeffizienz	3
Energiebereitstellung	3
Wasser sparen.....	4
Umweltschutz	4
Die soziale Stadt Friedberg	7
Kinder, Jugend und Familie	8
Integrationspolitik.....	10
Antidiskriminierungsarbeit.....	11
Bildung	11
Wohnungslosigkeit.....	12
Menschen mit Behinderungen	13
Seniorenpolitik	13
Stadtentwicklung	15
Fortschreitende Zersiedelung	15
Innenstadtentwicklung	15
Verkehr	17
Wohnen und Arbeit	17
Kaserne	18
Baugebiete	18
Altstadt	19
Beteiligung.....	19
Verkehr	21
Fuß- und Radwege	21
Öffentlicher Nahverkehr	21
Parkplätze.....	21
Verkehrsberuhigter Zonen	22
Haushaltspolitik Stadt Friedberg.....	23
Potentiale in der Haushaltspolitik	23
Kultur und Sport	26
Sport.....	27
GRÜNE gegen Rechts	28

Klimaschutz: Energiepolitik und Umweltschutz

Energiesparen und Energieeffizienz

Wir **GRÜNE** Friedberg fordern die massive Reduzierung der Nutzung fossiler und anderer Energiequellen, die den Klimawandel verursachen

Auch eine Stadt wie Friedberg trägt Verantwortung für den Klimaschutz in Form einer eigenen Energiepolitik. Nach unserer Meinung kann und soll die Stadt Friedberg Vorbild bei Energieeinsparung und Energieeffizienz werden. Alle Bereiche im Einfluss der Stadt sollen dahingehend betrachtet und an dem Klimaschutz ausgerichtet werden. Ziel ist eine CO₂ neutrale Kommunalverwaltung. Für die Energie, die nicht CO₂ neutral bezogen wird, soll ein CO₂ Ausgleich geleistet werden. Die Maßnahmen aus der Aktion "100 Kommunen für den Klimaschutz" sollen folgendermaßen umgesetzt werden

- Bei öffentlichen Gebäuden wie z.B. Bürgerhäusern werden der Wärmeschutz erhöht und die Heizungsanlagen erneuert (bspw. durch Kraftwärmekopplung)
- Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien
- Einstellung eines Klima-Beauftragten, der mit weitreichenden Weisungsbefugnissen die Umsetzung der Maßnahmen antreibt. Er soll allen städtischen Prozessen eingebunden sein und die Auswirkung auf den Klimaschutz bewerten, z.B.
 - Beschaffung von Büromaterial, Betriebs- und Baustoffen bis zu Fahrzeugen incl. Leasingverträgen,
 - Ausschreibungen,
 - Investitionsplanung.

Energiebereitstellung

Um bundesweit CO₂ neutral Energie zu erzeugen, müssen regional Initiativen gestartet werden. Friedberg hat hier Nachholbedarf und muss sicherstellen, dass die Bürger klimaverträglich mit Energie versorgt werden können. Dementsprechend ist die Errichtung von klimaverträglichen Energieanlagen aktiv zu fördern. Photovoltaik ist eine Energieform, die auch in Friedberg genutzt werden kann; daneben sind andere Alternativen zu bewerten.

- Umsetzung von Bürgersolaranlagen: Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden unter Beteiligung von Investitionswilligen, Betrieb und Verwaltung;
- Windkraftanlagen werden generell von den **GRÜNEN** Friedberg befürwortet, wo sie sinnvoll einsetzbar sind;
- Förderung von Blockheizkraftwerken z.B. durch Contracting;
- Bereitstellung von Flächen für Energieanlagen, Unterstützung bei der Projektumsetzung;
- Errichtung von eigenen Energieanlagen.

Siedlungsgestaltung

- Vorgaben bei der Bauleitplanung, insbesondere bei der Bebauung des Kasernengeländes. Nutzung und Ausbau des vorhandenen Fernwärmenetzes bei Austausch des Heizungsaggregats mit Kraftwärmekopplung;
- Belohnung von besonders energiesparender Bausweise (Energie-Plushaus);
- Rückbau versiegelter Flächen;

- Suche nach sinnvollen Flächen zur Aufforstung, denn Holz bindet CO₂.

Öffentlichkeitsarbeit und Beratung

- Vernetzung mit in Friedberg und Umgebung vorhandenen Kompetenzen im Klimaschutzbereich;
- Information und Motivation der Bürger für entsprechendes Engagement, angetrieben durch den Klima-Beauftragten;
- Beteiligung der Bürger bei Planung und Entscheidung von städtischen Vorhaben;
- Förderung von Initiativen in der Bevölkerung zum Klimaschutz;
- Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und regionalen und überregionalen Interessensgemeinschaften.

Wasser sparen

Auch wenn wir durch die Wetterau und den nahen Vogelsberg privilegiert mit Wasservorräten sind, so dürfen wir nicht verschwenderisch damit umgehen. Das Wasser was hier vergeudet wird, fehlt in Frankfurt und andernorts. Generell gefährdet die Abschöpfung von Grundwasser gefährdet die Natur.

Ausdrücklich sagen wir: Eine Bewässerung des Ockstädter Golfplatzes mit Trink- oder Grundwasser darf es nicht geben.

Zudem wollen wir die gesplittete Abwassergebühr splitten (Wasser und Kanal). Dies schafft finanzielle Anreize zur Entsiegelung des Bodens, zur Regenwassernutzung und zur Versickerung des Regenwassers vor Ort. Es ist damit auch ein Beitrag zur Hochwasservorsorge und zur Erhaltung von Feuchtlebensräumen. Die gesplittete Abwassergebühr trägt dazu bei, dass bei der Niederschlagsbeseitigung der Verursacher auch die Kosten der Entsorgung bezahlt und ist somit ein Beitrag zur Gebührengerechtigkeit.

Umweltschutz

Wir wollen Landschaftsbilder mit hoher Erlebnisqualität erhalten, denn Naturschutz dient auch der menschlichen Erholung.

Besonderen Schutz verdienen in der Wetterau das Grünland und die Feuchtwiesen entlang der Flussläufe Wetter und Usa. Genauso wichtig sind uns **GRÜNE** Friedberg auch der Erhalt der Streuobstwiesen.

Kleinwälder, Feldgehölze, Streuobstwiesen, Alleen und auch Ackerränder beleben die Feldfluren auch in einer weiträumigen Agrarlandschaft. Dieses zu erhalten und neu zu entwickeln ist unser Ziel.

Um unserer Landschaft erlebbar zu machen, unterstützen wir ein überörtliches Fuß- und Radwegesystem.

Flächenverbrauch reduzieren!

Der Verbrauch von Landschaft durch Verkehrswege, Gewerbegebiete und Wohnbebauung ist das Ende des wertvollen Lebensraumes Boden, vieler Arten, aber auch jeder Landwirtschaft. Auch die Grundwassergewinnung und die Grundwasserqualität leiden unter der Bodenzerstörung; Versiegelung fördert die Hochwasserbildung.

Biodiversität, also Artenerhaltung, ökologischer Landbau und Energie aus Biomasse sind die Themen der Zukunft. Wenn wir dem auch in Friedberg gerecht werden wollen, müssen wir den Flächenverbrauch stoppen.

- Mit der Kaserne stehen ausreichend Flächen zur Verfügung, um dem Bedarf für gewerbliche Ansiedlung zu entsprechen. Auch innerhalb der Stadt existieren Brachflächen oder leerstehende Gebäude.
- Andererseits sind asphaltierte oder betonierte Flächen zu entsiegeln und wieder zu begrünen.
- Weitere Baugebietsentwicklungen nach Westen bis an die B3a oder nach Osten bis an die Usa tragen wir nicht mit.
- Die Stadt als Planungsträger muss sich zum Erreichen dieser Ziele von den Naturschutzverbänden, den Fachbehörden und dem Planungsverband Rhein-Main unterstützen lassen.
- Naturnahes Gelände muss naturnah bewirtschaftet werden.

Landschaftselemente erhalten, Streuobstwiesen und Wald ökologisch nutzen

Ein weiteres Problem der fortschreitenden Ausdehnung des Menschen durch seine Stadtplanung ist der damit einhergehende Verlust von Naturräumen und in dessen Folge ein unwiederbringliches Verschwinden von wertvoller Fauna und Flora.

2011 ist das Jahr der Wälder. Wald bedeckt über 40% der Fläche Hessens und ist unverzichtbar für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Einhaltung der Naturschutzleitlinien für den hessischen Staatswald sowie die FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) sind zu prüfen. Mit der FSC-Zertifizierung wird eine naturschutzgerechte, sozialverträgliche und nachhaltigen Waldwirtschaft sicher.

Friedberg, insbesondere Ockstadt liegt in einem der größten Streuobstgebiete Hessens. Diese zu erhalten erfordert, dass endlich allen bewusst wird, wie wertvoll solche Gebiete sind. Dabei geht es nicht darum, eine ökonomische Nutzung der Obstbäume auszuschließen. Vielmehr soll alles getan werden, um deren natürlichen Charakter zu erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, neue attraktive Nutzungen zu schaffen und mit Nachbargemeinden, dem Kreis und dem Naturschutzfonds Wetterau zusammenzuarbeiten.

Die Streuobstwiesen in städtischem Eigentum wollen wir nach den Regeln des ökologischen Anbaus anerkennen lassen und dafür mit den Nachbargemeinden zusammen bei den anderen Eigentümern werben. Öko-zertifiziertes Obst ist bei den Keltereien sehr gefragt, wird entsprechend bezahlt und macht die Nutzung der Streuobstwiesen auch wirtschaftlich wieder interessant. Bei entsprechender Pflege ist auch wieder Tafelobst zu ernten. Wir werden da wo es die Stadt kann oder muss, möglichst viele und regionaltypische Sorten nachpflanzen, einen Lehrgarten und Schulgärten anlegen und moderne Pflegekonzepte anwenden.

Nachdem die Einführung von Schulobst an hessischen Schulen durch die Landesbürokratie zum Scheitern gebracht wurde, werden wir **GRÜNE** Friedberg uns in den Schulen unserer Stadt und in der Kreisverwaltung dafür einsetzen, dass dieses Vorhaben regional wieder aufgegriffen wird. Hiermit wollen wir nicht nur einen Beitrag für die Ernährung unserer Kinder leisten, sondern auch den heimischen Obstanbau fördern.

Doch nicht alleine Streuobstwiesen stellen wertvolle Naturräume dar. Dazu ist es grundlegend notwendig, derlei Naturräume zu kennen und ein inhaltlich abgestimmtes Konzept zur Erhaltung zu erstellen.

Der Schutz der Bäume soll durch die Ausgestaltung der Baumschutzsatzung gesichert sein.

Die soziale Stadt Friedberg

Sozialpolitik ist wichtiger denn je, weil das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Abschaffung des Sozialstaats und des Solidaritätsprinzips betreibt. Der Abstand zwischen reichen und armen Familien nimmt unvermindert zu. Eine „soziale Stadt Friedberg“ muss sich diese Bezeichnung erst verdienen, indem die Stadt jeder/m seiner MitbürgerInnen zumindest die grundlegenden Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben bietet und verstärkt die benachteiligten Gruppen unterstützt. Ausgrenzung, Stigmatisierung und Wettbewerb sind keine notwendigen Mittel, um die Leistungsbereitschaft anderer anzuspornen. Soziale Sicherheit ist ein Grundrecht und muss nicht durch Pflichterfüllung verdient werden. Menschen, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung für Arbeitgeber nicht interessant sind, brauchen unsere Solidarität.

Fremdbestimmung, Entrechtung hinsichtlich der freien Arbeitsplatzwahl und tariflicher Bezahlung erteilen wir eine klare Absage. Als Hilfeleistungen verkleidete Maßnahmen der Zwangsarbeit lehnen wir ab. Die Hilfeleistungen müssen soziale, kulturelle und hauswirtschaftliche Bedürfnisse abdecken. Wir fordern eine unabhängige Sozialhilfeberatung. Ziel **GRÜNER** Sozialpolitik ist die solidarische Bürgergesellschaft, die die Voraussetzungen und Bedingungen für eine gesellschaftliche Inklusion aller Bevölkerungsgruppen schafft statt diffamiert und ausgrenzt.

In unserer Stadt spielt sich das Leben ab, hier müssen die notwendigen sozialen Hilfen organisiert werden, um Sicherheit bieten zu können, wenn Menschen durch Krankheit, Unfall, Altersarmut oder Arbeitslosigkeit in eine Notlage geraten. Diese Aufgaben müssen nach Auffassung der **GRÜNEN** Friedberg im Sozial – und Gesundheitsbereich mit den Bürgern zusammen angepackt werden. Die Stadt Friedberg unterstützt und fördert durch finanzielle Zuwendungen die „ Sozialen Initiativen“. Die Vergabe von Mitteln muss möglichst unbürokratisch erfolgen.

Sozialpolitik verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht die Integration in die Gesellschaft. Transferleistungen wie Grundsicherung oder Wohngeld sollen dafür sorgen, dass Menschen in sozialen und finanziellen Notlagen ein menschenwürdiges Dasein führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Regelsätze und Mietobergrenzen berücksichtigen aber nicht die aktuellen Lebenshaltungskosten und den notwendigen Bedarf zur Teilhabe an Gesellschaft, Sport, Kultur und Bildung. Die aktuelle Sozialpolitik wird ihrem Anspruch hilfebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen nicht gerecht.

GRÜNE Sozialpolitik unterstützt insbesondere Gruppen und Initiativen, die sich engagieren für Obdachlose, drogenabhängige Menschen, Menschen mit Behinderungen, für Alleinerziehende, Verschuldete, Asylsuchende, Flüchtlinge und für Antifaschismus.

Soziale Errungenschaften dürfen nicht preisgegeben werden, sondern müssen im Sinne einer solidarischen Daseinsvorsorge weiterentwickelt werden. Die Stadt und ihre Verwaltung müssen mit ihren sozialen Einrichtungen dazu beitragen, dass jedes Kind, jede und jeder Jugendliche, jede junge Familie, jeder älter werdende Mensch und jede zugewanderte Person ihre Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten entfalten und einbringen kann. Nicht

die soziale Lage, nicht das Geschlecht, nicht die kulturelle Herkunft darf darüber entscheiden.

Kinder, Jugend und Familie

Kinder sind eine Bereicherung und die zukünftigen GestalterInnen für die Stadt. Doch noch viel zu oft ist die Entscheidung für Kinder mit Nachteilen verbunden. Vielen Familien reicht ihr Einkommen kaum zur Sicherung des Lebensunterhalts. Der Kinderwunsch steht viel zu oft unter dem Vorbehalt des Armutrisikos und führt oft zu Nachteilen am Arbeitsplatz für Frauen.

Die sozialen Benachteiligungen von Familien wollen wir nachhaltig bekämpfen. Voraussetzung für eine familienfreundliche Stadt sind bezahlbarer menschenwürdiger Wohnraum, Freiräume für Kinder, Betreuungsangebote für Kinder von ein bis vierzehn Jahren, Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Kinderarmut, Entfaltungschancen für Jugendliche und begleitende Maßnahmen in schwierigen Situationen.

Kinderbetreuung

Die Angebote an Kinderbetreuungsmöglichkeiten haben sich in den letzten Jahren signifikant verbessert. Trotzdem ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und auf einen U3-Platz bei weitem nicht ausreichend. Die Kinderbetreuung ist nach dem Schuleintritt nicht mehr gesichert und eine qualitative Förderung der schulischen Leistungen der Kinder ist nur gebildeten und finanziell privilegierten Familien möglich. Für viele Mütter endet mit dem Schulbeginn der Kinder die Berufstätigkeit oder die Karriere. Hinsichtlich der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nachvollziehbar, dass die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch immer unzureichend sind.

Um den notwendigen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen feststellen zu können, ist eine kontinuierliche Bedarfsplanung notwendig, die jährlich aktualisiert wird. Die Planung muss über die reine Feststellung der notwendigen Platzzahl hinausgehen. Es ist auf allen Planungsebenen sicherzustellen, dass durch bauliche, pädagogische und personelle Konzepte Kindern unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, körperlicher, seelischer und geistiger Leistungsfähigkeit eine Teilhabe ermöglicht wird (Inklusion).

Kindertagesstätten sind ein Ort sozialen Lernen, der Erziehung, des Spiels und sollen auch das Lernen fördern: Deutsch sprechen und -verstehen lernen, spielerisch andere Sprachen lernen, spielerisch zählen und rechnen lernen, musische und motorische Fähigkeiten trainieren. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer kontinuierlichen Qualifizierung und Fortbildung der ErzieherInnen. Zur Verbesserung der Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten setzen wir auf

- Kooperation mit den Grundschulen,
- Sprachförderung der Kinder ab dem ersten Tag,
- pädagogische Weiterbildung für ErzieherInnen,
- stärkere inhaltliche Schwerpunktsetzung der Betreuungseinrichtungen.

Problematisch gestaltet sich für viele Eltern besonders aber für Alleinerziehende der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Konnten die Kinder im Kindergarten häufig den ganzen Tag betreut werden, sind sie zunächst oft nur wenige Stunden in der Schule.

Während die Organisation und Durchführung im Kindertagesstättenbereich durch die Stadtverwaltung gesichert ist, müssen ab der ersten Schulklasse ehrenamtliche Fördervereine ein „Ganztagsangebot nach Maß“ organisieren, dass nicht alle Bedürfnisse der Kinder und Eltern nach Betreuung und Förderung abdeckt. Von verlässlicher Betreuung als Voraussetzung für eine berufliche Tätigkeit kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Wir **GRÜNE** Friedberg fordern deshalb seit langem die echte (d.h. gebundene) Ganztagschule. Dieses Ziel ist aufgrund konservativer Landespolitik noch in weiter Ferne.

Die Vereine, die ehrenamtlich die Betreuung organisieren, schließen dabei Arbeitsverträge ab, betreiben die Schulkantine und sichern die Versorgung der SchülerInnen mit Mittagessen. Die wirtschaftlichen Risiken und der hohe Zeitaufwand überschreiten den zumutbaren Rahmen eines Ehrenamts.

Die **GRÜNEN** Friedberg fordern die Finanzierung als auch die Organisation der Betreuung und Förderung von Schulkindern durch die Stadt Friedberg zu regeln. Die Finanzierung ist durch ein pragmatisches Konzept unter Beteiligung von Stadt, Kreis und Land sicher zu stellen. Mindestens eine Kinderbetreuungseinrichtung soll erweiterte Betreuungszeiten anbieten, um auch für im Schichtdienst arbeitende Eltern eine qualifizierte Kinderbetreuung sicherstellen zu können.

Die Kita in der Saarstraße ist unseres Erachtens für die Bereitstellung von U3 Plätzen nicht geeignet. Es stehen kein Außenspielplatz und keine Kinderwagenabstellplätze zur Verfügung. Ein entsprechend umgebautes städtisches Gebäude im Rathauspark mit Außengelände, Spielplatz, Parkplätzen und Abstellfläche für Kinderwaage würde hingegen ideale Bedingungen bieten.

Freiräume für Kinder

Wir unterstützen moderne, zukunftsweisende Projekte, wie z.B. die Kinderfarm Jimbala. Förderungen freier Träger müssen durch klare Leistungsvereinbarungen festgeschrieben werden, damit diese Planungssicherheit haben.

Freiräume für Kinder, wie z.B. Spiel- und Abenteuerspielplätze sind in allen Stadtteilen anzubieten. Sie müssen sicher und robust sein und vor Zerstörungswut geschützt sein. Sie müssen leicht erreichbar und gut überschaubar sein.

Bildungshaus Ossenheim

Als positives Modell, machen sich die **GRÜNEN** Friedberg für ein Bildungshaus in Ossenheim stark, in dem gemeinsames jahrgangsübergreifendes Lernen realisiert werden soll.

Bildung und Betreuung muss möglichst wohnortnah und in Verbindung mit dem sozialen Umfeld stehen. Deshalb liegt uns **GRÜNEN** Friedberg die Sicherung der ortseigenen Grundschule als zentraler gesellschaftlicher und sozialer Mittelpunkt des Ortes besonders am Herzen. Das Bildungshaus Ossenheim hat Modellcharakter, indem es

jahrgangsübergreifendes inklusives Lernen und inklusive Kinderbetreuung zusammen denkt. Trotz sinkender SchülerInnenzahlen soll die Grundschule am Wohnort der SchülerInnen verbleiben und ein bedarfsgerechtes Angebot moderner Kinderpädagogik und Bildung sicher stellen. Frauenpolitik

Die Gleichberechtigung von Frauen zeigt sich auch in der Frage der paritätischen Besetzungen von Führungspositionen und Leitungsstellen bei gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit. Die GRÜNEN Friedberg fordern eine Quotenregelung bzgl. der Personalpolitik in den Verwaltungen, Unternehmen und Betrieben der Stadt Friedberg. Des Weiteren sind Gespräche mit der IHK zu führen über eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit bei den Unternehmen und Betrieben in Friedberg hinsichtlich einer Frauenquote auf den Leitungsebenen.

Zentrale Bedeutung für die Frauenpolitik hat die Vereinbarkeit von Leben mit Kindern und Beruf. Wir GRÜNE Friedberg setzen uns daher für eine qualitative und bedarfsgerechte Kinderbetreuung und die echte Ganztagschule ein, um so die beruflichen Möglichkeiten für Frauen zu verbessern.

GRÜNE Frauenpolitik fordert die Fortführung und den Ausbau der Hilfen für Frauen in Not, d.h. Beratungs- und Hilfeangebote bei Schwangerschaft, Erziehung, Partnerschaft, häuslicher Gewalt, Vergewaltigung ebenso wie bei Weiterbildung und Berufsfindung.

Integrationspolitik

Für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen in Friedberg ist es notwendig, über die Durchführung einzelner Projekte hinauszugehen und neue Konzepte zu entwickeln.

Um ein nachhaltiges Integrationskonzept zu erarbeiten und umzusetzen sowie die interkulturellen Arbeit in der Stadtverwaltung zu verankern, ist ein Integrationsamt als eigenes Dezernat mit eigenen Haushaltsmitteln hauptamtlich zu besetzen. Regelmäßig soll ein Integrationsbericht mit aktuellem Zahlenmaterial erstellt werden.

Das Integrationsamt hat Querschnittsfunktion, weil interkulturelle Kompetenz in allen Verwaltungsbereichen gefragt ist, um Zugangsbarrieren zu kommunalen Dienstleistungen für MigrantInnen abzubauen. Dem Integrationsamt ist ein Anhörungsrecht und eine Einspruchsmöglichkeit bei allen Angelegenheiten zu gewähren, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Personalpolitik, die sowohl eine kontinuierliche Weiterbildung des Personals hinsichtlich interkultureller Kompetenzen als auch die Öffnung der kommunalen Berufe für MigrantInnen sicherstellen muss.

Neben der notwendigen Vernetzung mit anderen interkulturell und integrationspolitisch arbeitenden Institutionen ist auch die Zusammenarbeit mit den Migrantenselbstorganisationen notwendig. Es sind Arbeitskreise zu wichtigen Themen, wie zum Beispiel Schule und Ausbildung, Arbeit, Gesundheit und Senioren einzurichten, um den konstruktiven Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten zu fördern. Die Arbeit der Arbeitskreise soll einmal jährlich der Öffentlichkeit im Rahmen einer ganztägigen Veranstaltung, mittels Diskussionsforen und einer Ausstellung über Ziele, durchgeführte Projekte und Ergebnisse vorgestellt werden, um öffentliche Teilhabe zu ermöglichen.

Außerdem ist für die Institutionalisierung der Integrationsarbeit in Friedberg die Einrichtung eines Kultur- und Bildungshauses notwendig, das sowohl dem neu zu errichtenden Integrationsamt als auch den interkulturellen Projekten und Initiativen einen festen Raum für kontinuierliche Beratungs-, Bildungs- und Kulturarbeit bietet. Dieses Haus sollte idealerweise in der Altstadt Friedbergs verortet sein und sowohl den Kindern und Jugendlichen als auch den älteren Generationen offen stehen.

Antidiskriminierungsarbeit

Menschen, die aufgrund von Alter, Krankheit, Behinderung, Herkunft, Religion, Geschlecht, Flucht und oder Vertreibung diskriminiert und ausgegrenzt werden, brauchen unsere Solidarität. Vorurteilen und Diffamierungen von Minderheiten muss aktiv entgegen gewirkt werden durch Informationsveranstaltungen und kulturelle Angebote, die die Menschen zusammenbringen und gegenseitiges Verständnis schaffen.

Antidiskriminierungsarbeit rückt die Perspektive der Betroffenen in den Mittelpunkt. Die Prioritäten werden dadurch weggeschoben von der vorherrschenden Täterfokussierung. Mittels Einzelfallberatung, Öffentlichkeits- und Projektarbeit muss über die rechtlichen Möglichkeiten des Diskriminierungsschutzes informiert werden. Betroffene können so im Erkennen und Wahrnehmen ihrer Rechte gefördert, im Einschätzen ihrer Chancen und Risiken von möglichen Interventionen unterstützt und bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen gestärkt werden. Die Antidiskriminierungsarbeit ist wichtiger Bestandteil gelingender Integrationsarbeit und Aufgabe eines zukünftigen Integrationsamtes

Bildung

Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und das Wichtigste, was wir Kindern und Jugendlichen für ein selbst bestimmtes Leben mit auf den Weg geben können. Ganzheitliche Bildung fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und eröffnet Chancen für ein erfolgreiches Berufsleben. Bildung ist zugleich eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer wissensbasierten Gesellschaft. Durch die demografische Entwicklung steigt der Bedarf an gut ausgebildeten jungen und gut weitergebildeten älteren Menschen.

„Kein Kind darf zurückgelassen werden“ - der Leitspruch des PISA-Siegers Finnland ist auch die Maxime **GRÜNER** Bildungspolitik. Unser Ziel sind gelingende Bildungsbiografien für alle vom Kindergarten über Schule und Ausbildung bis ins Berufsleben.

Friedberg ist Stadt der Bildung unter anderem durch die vielen Schulen, die Technische Hochschule (Fachhochschule), das Jugendzentrum als Bildungseinrichtung, das Museum, die Stadtjugendpflege und die Stadtbücherei. Erweitert werden soll dieses Angebot durch kostenlose Hotspots (kabellose Internetzugänge) im Bereich der städtischen Bibliothek.

Nachdem auf Initiative der **GRÜNEN** Friedberg das Jugendzentrum erfolgreich errichtet wurde, fordern wir eine Jugendarbeit, die den Lebensrealitäten der Jugendlichen entsprechende Angebote zur Prävention, Bildung, Kultur und Integration macht. Die Stadtjugendpflege ist dabei auf allen Ebenen zu unterstützen.

Die Anforderungen der UN-Menschenrechtskonvention, behinderte Kinder mittelfristig nicht mehr in Förderschulen, sondern in den Regelschulen zu unterrichten, stellt das Schulwesen

vor große Herausforderungen. Aber auch Kindergärten haben für die Inklusion von behinderten Kindern in ihren Gruppen zu sorgen.

Inklusion bedeutet, dass behinderte Kinder von Anfang an in Regeleinrichtungen betreut und unterrichtet werden können, sofern dies von den Eltern gewünscht wird. Es kann erwartet werden, dass die Kinder sich anpassen. Die Schule muss sich an die Vielfalt der Fähigkeiten und Kompetenzen der Kinder anpassen. Die individuelle Förderung des Kindes in den Regeleinrichtungen (Kindergarten, Schule) muss durch ausreichendes Personal sicher gestellt werden. Die sonderpädagogischen Kompetenzen Friedberger Förderschulen kann genutzt werden, um jedem Schüler orientiert an seinen Fähigkeiten eine bestmögliche Ausbildung an der Schule seiner Wahl zu ermöglichen. Die **GRÜNEN** Friedberg fördern die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Schulformen, um Berührungsängste und Vorurteile abzubauen.

Die **GRÜNEN** Friedberg fordern

- Sicherung der Schulwege, Verbesserung des Radwegenetzes und des öffentlichen Nahverkehrs,
- Beruhigung des (Durchgangs-) Verkehrs im Umfeld der Schulen zur Verbesserung der Sicherheit der Kinder,
- Verstärkung der Schulsozialarbeit,
- Die zahlreichen Schüler und jungen Menschen in unserer Stadt sollen durch schulübergreifende Veranstaltungen wie Schulkulturtag, Sportveranstaltungen und gemeinsamen Projektpräsentationstage die Gelegenheit haben, das städtische Leben in Friedberg lebendig mit zu gestalten.

Wohnungslosigkeit

Die Betreuung von Obdachlosigkeit und Nichtsesshaftigkeit sind Aufgabe der Kommune. Deshalb ist die Stadt dazu verpflichtet Unterkünfte für Obdachlose bereitzustellen. Diese Verpflichtung soll durch die Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft erfüllt werden. Wir fordern, das bestehende Haus „Vorstadt zum Garten 36“ abzureißen und einen menschenwürdigen Neubau zu errichten. Der Betreiber des Karl-Wagner-Hauses ist entsprechend einzubinden.

Eine Tee- und Wärmestube für die Obdachlosen und Nichtsesshaften ist in den kalten Wintern erforderlich, damit keiner Erfrierungen erleidet oder sogar zu Tode kommt. Sichtbare soziale Probleme in der Stadt wie z.B. Konrad-Adenauer-Platz, Brunnen am Bahnhof und Rückseite des Kaufhaus Joh sind zurück zu führen auf eine gescheiterte Sanierungspolitik in der Altstadt, eine strukturelle Fehlplanung, fehlende bezahlbare Wohnungen, fehlende sozialpädagogische und aufsuchende StraßensozialarbeiterInnen. Eine langfristige Lösung kann nur auf wohnungspolitischer Ebene herbeigeführt werden.

Menschen mit Behinderungen

Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben für alle Menschen kann nur umgesetzt werden, wenn gesunde und behinderte Menschen einander mit Respekt und Akzeptanz begegnen.

Barrieren für Menschen mit Behinderungen müssen abgebaut und der ÖPNV muss behindertengerecht ausgebaut werden. Rollstuhlfahrern und Bürgern mit Gehhilfen muss jeglicher Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Kindergärten, Schulen, Geschäften, Kneipen, Restaurants und Einrichtungen verschafft werden, damit Sie an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Es sind mehr behindertengerechte Wohnungen erforderlich, um allen Menschen ein Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Die Inklusion behinderter Menschen beginnt bereits im Kindergarten. Die Betreuung behinderter Kinder in ihrem sozialen Umfeld innerhalb ihres Stadtteils legt den Grundstein für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zum sozialen Lernen in der Gesellschaft. Behinderte Kinder sind in Kindergärten, Schulen und Vereinen in ihrem Wohnumfeld aufzunehmen, damit sie gemeinsam mit allen anderen Kindern spielen, lernen und einen verlässlichen Freundeskreis aufbauen können. Die Institutionen und Vereine müssen Kompetenzen und Strukturen entwickeln, die gemeinsames Spielen, Lernen und Trainieren von gesunden und behinderten Kindern ermöglichen.

Zur Förderung geistig und seelisch behinderter Kinder und Erwachsenen zählt auch die notwendige medizinische und therapeutische Versorgung vor Ort, die in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen muss.

Seniorenpolitik

Die steigende Zahl älterer Mitbürger erfordert ein Umdenken und die Umsetzung neuer Konzepte wie z.B. generationsübergreifende Wohngemeinschaften bzw. seniorengerechtes Bauen.

Senioren wollen solange wie möglich selbstbestimmt in ihrer eigenen Wohnung leben, um ihre Kontakte im sozialen Umfeld nicht zu verlieren. Die **GRÜNEN** Friedberg unterstützen den Aufbau eines „nachbarschaftlichen Hilfevereins“, um dies zu ermöglichen. Soziale Dienste der häuslichen Pflege, „Essen auf Rädern“ sowie das Hausnotruf-System sind weitere wichtige Maßnahmen. Die **GRÜNEN** Friedberg treten dafür ein, dass die Hilfe- und Unterstützungsangebote weiter ausgebaut, gefördert und gesichert werden. **GRÜNES** Ziel ist: ambulante Pflege vor stationärer Pflege.

Die Stadtplanung muss Interessen der Senioren berücksichtigen, einplanen und umsetzen. Eine altengerechte Verkehrspolitik zeichnet sich aus durch breite Fußwege ohne Stolperfallen, Fußwegeverbindungen, Sitzbänke, verbesserten Busverkehr, insbesondere zu den Einkaufsmöglichkeiten und sozialen und medizinischen Dienstleistungen. Auch das Ruhebedürfnis älterer Menschen muss in der Bauplanung berücksichtigt werden. Altengerechtes Wohnen hat seine besondere Bedeutung im gewohnten sozialen Umfeld, d.h. in der eigenen Wohnung. Es müssen bezahlbare, altengerechte Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Diese müssen behindertengerecht und in der Nähe von Einkaufs- und Naherholungsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung und sozialen Begegnungsstätten gelegen sein.

Ältere und pflegebedürftige Menschen wollen in überschaubaren Wohnanlagen und -quartieren selbstbestimmt und häufig auch mit anderen Generationen zusammenleben. In den letzten Jahren haben sich auch in Friedberg zunehmend Angebote des selbständigen Wohnens entwickelt, die eine gesicherte Hilfe und Pflege bieten. Hausgemeinschaften bieten älteren Menschen, die an Demenz erkrankt sind, ein individuelles Wohnen mit einer verlässlichen Pflege. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Wohn- und Pflegeformen bedarfsgerecht in allen Stadtteilen angeboten werden. Auf den steigenden Beratungsbedarf für an Demenz erkrankte Menschen und deren Angehörige muss mit passenden Angeboten statt mit Kürzungen reagiert werden.

Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungspolitik der **GRÜNEN** Friedberg hat zum Ziel, die städtebaulichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Stadt mit Lebensqualität zu schaffen. Hierzu gehören Räume für Interaktion und Kreativität für Menschen unterschiedlicher Lebensstile und Herkunft, Jung und Alt. Die Stadtentwicklungspolitik gehört zu den kommunalen Entscheidungsebenen, die neben kurzfristigen Änderungen im täglichen Leben in erster Linie langfristige Auswirkungen auf das Funktionieren einer Stadt haben.

Dem Prinzip der Nachhaltigkeit kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Neben der ökologischen gilt es die architektonische und soziale Nachhaltigkeit durch die Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Hierzu gehört auch, die demokratische Mitgestaltung durch alle, die etwas zur Stadtentwicklung beitragen wollen. Die Stadt muss dafür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

GRÜNE Stadtentwicklungspolitik verfolgt ein nachhaltiges Mobilitätskonzept, das eine Stadt der kurzen Wege zum Ziel hat, Nahversorgung ermöglicht und unterstützt, den effizienten Umgang mit Energieverbrauch und Ressourcen, wie etwa Grund und Boden, umsetzt und Grünflächen nicht nur schützt, sondern sie schafft und qualitativ verbessert.

Fortschreitende Zersiedelung

Die Rhein-Main-Region leidet wie andere Ballungsräume in Deutschland unter fortschreitender Zersiedelung. Einfamilienhäuser und Wohnsiedlungen werden an Standorten errichtet, die über wenig technische und soziale Infrastruktur und mangelnde Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz verfügen und daher deutlich höhere Kosten verursachen als Wohnungsbau.

Die Folge dieser Entwicklung ist verheerend: die Autoabhängigkeit der Menschen wird größer; der öffentliche Raum als sozialer Lebensraum verliert an Bedeutung.

Nach unserer Auffassung darf der Verbrauch von Flächen am Stadtrand und in den Ortsteilen nur unter bestimmten, nachhaltigen Rahmenbedingungen möglich sein, etwa der parallelen Schaffung sozialer Infrastruktur und einer vorhandenen Anbindung an das öffentliche Schienennetz. In dieser Forderung sind die **GRÜNEN** Friedberg in völliger Übereinkunft mit der geltenden Regionalplanung und werden die Maxime, der Zersiedelung entgegenwirken, bei allen Beratungen und Entscheidungen zur Stadtplanung zu Grunde legen, um sparsam mit Grund und Boden zu sein,

Innenstadtentwicklung

Die stadtplanerische Entwicklung der Friedberger Innenstadt stagniert in den letzten Jahren. Dabei war und ist allen Beteiligten klar, dass die Politik den Rahmen setzen muss, um durch Gestaltung die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen:

- Obwohl längst zu Ende geplant und durch das Parlament verabschiedet, konnte die Umgestaltung des Elvis-Presley-Platzes nicht angefangen werden. Ziel soll es sein, ein kommunikatives Miteinander zu ermöglichen, ein Miteinander der Zielgruppen und der Verkehrsteilnehmer. Das vorhandene Konzept ist aus unserer Sicht schnellstens

umzusetzen und soll darüber hinaus als Beispiel der weiteren Gestaltung der Kaiserstraße dienen.

- Die vom Magistrat vorgelegte Umgestaltungsplanung der Kaiserstraße soll in einem Beteiligungsprojekt der Bürgerinnen und Bürger der Stadt weiter entwickelt werden. Die **GRÜNEN** Friedberg haben zu der bis jetzt bekannten Planung sehr kritische Anmerkungen. So ist das komplette Abholzen aller Bäume auf der Kaiserstraße absolut nicht vereinbar mit den Ansprüchen des behutsamen Umgangs mit erhaltenswerten Naturräumen. Auch die Bäume auf der Kaiserstraße sind ein Naturraum. Weiterhin berücksichtigt die bisherige Planung nicht die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer. Radfahrende Menschen scheinen keine oder nur am Rande eine Rolle zu spielen. Unser Ziel einer durchgängigen Radwegeverbindung gilt weiterhin auch für die Kaiserstraße.
- Zur Attraktivität der Innenstadt gehört auch die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier hat Friedberg einigen Nachholbedarf. Zwar enden sehr viele Buslinien auf der Kaiserstraße, nur zu welchen Zeiten und in welchen Takten? Die Stadt muss sich in dieser Beziehung endlich zu ihrer Verantwortung bekennen und ein echtes städtisches Bussystem erarbeiten und aufbauen. Pläne liegen seit Jahren vor, wobei die **GRÜNEN** Friedberg den Plan der ehemaligen Agenda-Gruppe Verkehr bevorzugen, der Friedberg mit einer so genannten liegenden 8 erschließen will, verbunden mit Querverbindungen zu den Ortsteilen
- Die **GRÜNEN** Friedberg wollen die Reduzierung des Parksuchverkehrs auf der Kaiserstraße durch eine bedarf- und situationsgerechte Parkraumbewirtschaftung erreichen. Hier muss die Stadt wesentlich mehr Anstrengungen unternehmen wie bisher. Parkplätze stehen im Prinzip genügend auch in unmittelbarer Nähe zur Kaiserstraße zur Verfügung. Man muss versuchen die Autofahrer von deren Vorteilen zu überzeugen und sie gezielt auf diese Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Hierzu gehört ein intelligentes Hinweissystem ebenso wie eine differenzierte Preisgestaltung. Dies muss einher gehen mit dem schrittweisen Abbau von Parkplätzen, wo immer sie stören, wie auf der Kaiserstraße. Die vorliegende Umgestaltungsplanung kann hierfür nur als Anfang dienen
- Die **GRÜNEN** Friedberg lehnen eine Verlagerung des Wochenmarktes auf den Stadtkirchenplatz, wie verschiedentlich gefordert, ab. Der Wochenmarkt ist auch Kommunikationsforum, er ist Bestandteil der Marktstraße, die unsere Kaiserstraße nun einmal ist. Er ist geradezu einmalig in seiner Platzierung, auf der einen Seite Markt auf der anderen normales „Shopping“. Geschäfte und Markt ergänzen sich auf ideale Weise. Das vorhandene Problem der Enge soll durch die Umgestaltung der Kaiserstraße mit breiten Fußgängerbereichen bestens gelöst werden.
- Die **GRÜNEN** Friedberg befürworten den Ausbau der Unterführung vom Friedberger Bahnhof in Richtung Fauerbach, damit dieser Stadtteil besser an die Innenstadt angebunden ist.

Wohnen

Ziel unserer Bemühungen wird sein, für die Menschen attraktiven Wohnraum bereit zustellen und gleichzeitig eine sozialverträgliche Wohnungspolitik zu betreiben.

- **Attraktiv** bedeutet nicht nur architektonisch ansprechend und energetisch sparsam zu bauen, dies leisten die Bauherren meistens selbst. Es bedeutet vielmehr:
 - Nahversorgungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe, Wohnumfeldverbesserungen durch mehr Grün, weniger Verkehr, mehr Lärmschutz und ansprechende Straßen und Plätze
- **Sozialverträglich** bedeutet vor allem erschwingliche Wohnungen, wofür die Politik der städtischen Wohnungsbaugesellschaft verändert werden muss. Es bedeutet aber auch:
 - Sozialverträgliche Bauweise. Es muss wieder möglich werden, eine bezahlbare Wohnung auch mit drei Kindern zu bekommen
 - Soziale Bezüge fördern. Den Bürgerinnen und Bürgern Begegnungsstätten geben; Freizeitmöglichkeiten fördern

Es scheint kaum bekannt, dass die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft noch immer einen großen Bestand von Wohnungen verwaltet. Große Teile dieses Bestands müssen instandgesetzt werden. Unsere Politik wird auf genau diese Bestandssicherung zielen. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass Sozialwohnungen menschenwürdig gemacht und gehalten werden.

Aber auch über den Neubau attraktiver und sozialverträglicher Wohnungen muss wieder intensiv nachgedacht werden. Dafür muss in einer Stadt wie Friedberg Geld vorhanden sein.

Verkehr

Die Mobilität und die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern zu erhöhen ist erklärtes Ziel der **GRÜNEN** Friedberg. Dazu sind zwei Dinge notwendig: Erstens der Ausbau und die Verbreiterung der Fußgängerbereiche und zweitens die gleichzeitige Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung in alle Stadtteile.

Mobilität von Fußgängern bedingt immer auch einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Bei objektiver Betrachtung muss man feststellen, dass Friedberg noch weit von einem funktionierenden Nahverkehrssystem entfernt ist. Da fahren Busse nur stündlich oder aber fast gleichzeitig. Wer aus dem Neubaugebiet zum Bahnhof will, geht besser zu Fuß (ist schneller), es sei denn, er beabsichtigt eine Stadtrundfahrt durch Friedberg -West inklusive des Gewerbegebiets. Auf der anderen Seite fahren Busse zu unmöglichen Zeiten leer durch die Stadt - eine Planung die chaotisch zu nennen verniedlichend wäre.

Für die Innenstadt fordern wir seit langem eine Parkraumbewirtschaftung. Tatsache ist, dass es in Friedberg sehr viele Parkplätze gibt. So steht zum Beispiel das City-Parkhaus zum überwiegenden Teil leer, obwohl die Kaiserstraße von dort in nur 3 Minuten zu Fuß zu erreichen ist. Wir stellen uns ein Parkleitsystem vor, das die Autofahrer gezielt auf die freien Plätze führt und nicht minutenlang auf der Kaiserstraße im Kreis fahren lässt. Wir stellen uns eine Preisgestaltung für alle städtischen Parkplätze vor, die das Parken dort mehr als attraktiv im Vergleich zur Kaiserstraße macht.

Wohnen und Arbeit

Wir nehmen den Anspruch Wohnen und Arbeit zusammen zu bringen sehr ernst. Abgesehen vom ökologischen Unfug jeden Tag kilometerweit zu fahren nur um arbeiten zu können, stellt das tägliche Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsstätte auch eine sehr starke Belastung

der beteiligten Familien dar. Die Stadt muss um die Ansiedlung von Gewerbe, mit einem breit gefächerten Jobangebot, sehr viel stärker bemüht sein als bisher. Wir müssen gewerblich nutzbare Flächen vorhalten, damit schnell und flexibel auf Ansiedlungswünsche reagiert werden kann.

Ganz wichtig für die Zukunft der Stadt ist produzierendes Gewerbe anzusiedeln, dabei ist darauf zu achten, dass dies sowohl umweltverträgliches Gewerbe ist als auch der Ansiedlungsvorgang umweltverträglich abläuft.

Darüber hinaus müssen wir Zentren für Handwerk und Dienstleistungen möglichst wohnortnah ermöglichen. Die Nutzung bereits vorhandener Gebäude hat dabei Vorrang vor neuer Versiegelung von Fläche.

Kaserne

Die Konversion der Kaserne wird eine bestimmende Rolle in der Stadtplanung der nächsten Jahre einnehmen. Mit mehr als 70 ha steht eine Fläche zur Verfügung, die nahezu alle Chancen bietet.

Wir setzen uns für ein buntes und breit gefächertes Nutzungskonzept ein. Es bleibt für nahezu alle Nutzungstypen Platz. Ein wesentlicher Teil wird die Gewerbenutzung einnehmen. Ein geeigneter Standort für ein solches, recht großes Gewerbegebiet, wäre der südliche Bereich mit unmittelbarer Nähe zum Bahnhof und zur B3, was eine reibungslose Anbindung an das bestehende Wegenetz möglich macht.

Der nördliche Bereich, unmittelbar an die bisherige Bebauung in der Friedensstraße, eignet sich nach unserer Auffassung zur Bebauung mit Wohnungen und zur schulischen Nutzung. Die Philipp-Reis-Schule grenzt unmittelbar an. Der östlich davon gelegene Bereich, südlich der Straße am Warthfeld weist ein Sportgelände auf, das wir als solches retten und wie das Burgfeld mit ausreichend Freiflächen ausbauen wollen. Im östlichen Bereich ist ausreichend Raum für Veranstaltungsflächen und für die Entwicklung naturbelassener Räume. Alles muss versehen werden mit einer beispielhaften Durchgrünung.

Vor allem aber werden wir uns für eine weitgehende bestandsorientierte Nutzung einsetzen, wo immer dies möglich ist.

Baugebiete

Neuen Baugebieten werden wir nur dann eine Zustimmung erteilen können, wenn folgende Forderungen erfüllt sind:

- Konzentration auf die Entwicklung der Konversionsflächen. Auch die so genannte „Housing-Area“ muss Teil der Stadtentwicklung sein.
- Erweiterung nur noch in Ortsteilen mit schienengebundenem Nahverkehr.
- Erweiterung nur bei nachgewiesener Eigenentwicklung aus dem Stadtteil heraus, klarer Nachweis eines Bedarfs. Hierfür wird es zukünftig nicht mehr genügen, dass ein Ortsvorsteher / eine Ortsvorsteherin sagt, es seien schon genügend Bewerber vorhanden. Es gibt aus der Vergangenheit Beispiele, bei denen dies trotz aller Beteuerungen nie der Fall war.
- Vorrang hat immer die Bebauung von Brachflächen. Hiervon sind in Friedberg noch ausreichend vorhanden.
- Weitgehender Erhalt aller Grünflächen und Schaffung neuer Grünflächen

Altstadt

Die Armutsraten und -risiken steigen auch in Friedberg. Folglich konzentrieren sich Haushalte mit niedrigen Einkommen immer stärker in den immer schmaler werdenden Segmenten bezahlbaren Wohnraums, zumeist im privatem Wohnungsbestand der Altstadt und der Vorstadt zum Garten. Instrumente und Institutionen wie beispielsweise Gebietsbetreuungen und BürgerInnen-Beteiligungsmodelle, die sich für die Beteiligung der Bevölkerung und Aufwertung des Wohnumfelds einsetzen, bekommen keine ausreichende politische Unterstützung und Finanzierung.

Die **GRÜNEN** Friedberg erkennen und fördern das Potential von lebendigen, dichten, kulturell und sozial vielfältigen Stadtgebieten.

Leider muss festgestellt werden, dass die Altstadtsanierung gerade in dieser Hinsicht versagt hat und eine Weiterentwicklung nicht gewollt ist. Es ist zu überlegen und zu entscheiden, mit welchen Maßnahmen die Wohnsituation trotz des Scheiterns der Sanierung verbessert werden kann. Hierbei kann die Beteiligung der Betroffenen in Form eines Beirats hilfreich sein, der dem Magistrat konkrete Verbesserungsmöglichkeiten vorschlagen könnte.

Beteiligung

Die **GRÜNEN** Friedberg setzen sich für die Einrichtung eines Beirats für Stadtgestaltung, nach Marburger Vorbild, ein. Dieser kann ein Beitrag sein zur Verbesserung der Planungsqualität von Bauprojekten sowie städtebaulicher Zielsetzungen, wie zum Beispiel hinsichtlich der baulichen Verdichtung, Siedlungsgrenzen, Höhenentwicklung, Funktionsmischung. Die Bebauungspläne sowie die daraus resultierenden von privater bzw. öffentlicher Hand geplanten Bauvorhaben müssen sich vor der Genehmigung einem intensiven Diskussionsprozess stellen und könnten dadurch eine Verbesserung bzw. Optimierung der Ausgangsplanung erfahren. Wenn dabei erkennbar wird, dass der Bedarf nicht gegeben ist oder das Vorhaben inakzeptable ökologische oder soziale Schäden verursacht, muss auch die Aufgabe eines Projekts möglich sein.

Ein solcher Beirat ist von Bürgerinnen und Bürgern zu besetzen und soll nicht aus der Politik heraus gebildet werden. Er ist damit auch kein starres Gremium, er kann in seiner Zusammensetzung, je nach Thema bzw. Vorhaben variieren. Auf jeden Fall soll genügend Zeit vorhanden sein, Vorhaben aus der unmittelbaren Nachbarschaft intensiv und ergebnisoffen zu diskutieren. Die Beteiligung an diesem Beirat soll ehrenamtlich sein, seine

Beschlüsse können nicht bindend sein, sie dürfen nur empfehlenden Charakter haben. Dies verlangt schon unsere Kommunalverfassung. Allerdings sollte jedem Politiker eine Meinungsbildung der direkt Betroffenen ein wichtiger Bestandteil seiner Entscheidungsfindung sein.

Verkehr

Fuß- und Radwege

Die Mobilität und die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern zu erhöhen, ist erklärtes Ziel der **GRÜNEN** Friedberg.

- Bessere Fußgängerwege erfordern bedarfsgerechte Breiten.
- Ampelschaltungen sind für Fußgänger zu optimieren.
- Ausbau einer außerörtlichen Radwegeverbindung.
- Im zentralen Innenstadtbereich ist die Verkehrsführung so zu gestalten, dass die Radfahrer die Strasse gefahrlos gemeinsam mit den Autofahrern nutzen können.

Alle Ortsteile und die angrenzenden Gemeinden sollen über Radwege untereinander und mit der Kernstadt verbunden sein. Dabei sind die Radwege so anzulegen, dass sie auch angenommen werden.

Zur Sicherheit unserer Kinder sollen Schulradwegepläne erstellt und ein entsprechendes Netz vervollständigt werden.

Die Radwege sollen in das Radwegenetz des Planungsverbands Rhein Main aufgenommen werden.

Öffentlicher Nahverkehr

Mobilität von Fußgängern bedingt immer auch einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Bei objektiver Betrachtung muss man feststellen, dass Friedberg noch weit von einem funktionierenden Nahverkehrssystem entfernt ist. Da fahren Busse nur stündlich oder aber fast gleichzeitig. Wer z.B. aus einem der Neubaugebiete zum Bahnhof will, geht besser zu Fuß (ist schneller), es sei denn, er beabsichtigt, eine Stadtrundfahrt inklusive der Gewerbegebiete zu machen. Auf der anderen Seite fahren Busse zu unmöglichen Zeiten leer durch die Stadt. Unser Programm sieht vor:

- Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs durch Aufbau eines Stadtbussystems (liegende Acht).
- Einführung eines City-Tarifs (eine Fahrt – ein Euro)
- Insbesondere ist die Anbindung der Neubaugebiete, der neuen Einkaufszentren und zentraler Anlaufpunkte (Bahnhof, Friedhof, Schwimmbad, Jugendzentrum) hier wichtig.

Parkplätze

Für die Innenstadt fordern wir seit langem eine systematische Verwaltung der Parkplätze. Tatsache ist, dass es in Friedberg sehr viele Parkplätze gibt. So steht zum Beispiel das City-Parkhaus zum überwiegenden Teil leer, obwohl die Kaiserstraße von dort in nur 3 Minuten zu Fuß zu erreichen ist. Für die Kaiserstraße nahen Parkmöglichkeiten an der Sparkasse und am Europaplatz gilt das Gleiche. Wir stellen uns ein Parkleitsystem vor, das die Autofahrer gezielt auf die freien Plätze führt und nicht minutenlang auf der Kaiserstraße im Kreis fahren lässt. Auch diese Gesichtspunkte sollen bei der Umgestaltung der Kaiserstraße

berücksichtigt werden. Wir stellen uns eine Preisgestaltung für alle städtischen Parkplätze vor, die das Parken dort attraktiver im Vergleich zur Kaiserstraße macht. Dazu gehört auch der schrittweise Abbau der Parkplätze auf der Kaiserstraße und die verbesserte Nutzung bereits vorhandener Parkplätze.

Verkehrsberuhigter Zonen

Wir **GRÜNEN** Friedberg setzen uns für den Ausbau und die Stärkung der verkehrsberuhigten Zonen ein. Wir werden so genannte „Verkehrsberuhigte Zonen“ zu dem machen, was das Wort verspricht. Es ist zu wenig, Neubaugebiete damit zu bewerben und dann nichts für die Einhaltung der Regelungen zu tun. Leider werden die Erwartungen deren, die gerade wegen der Sicherheit ihrer Kinder in eine so definierte Straße ziehen, enttäuscht. Wir setzen uns für die Einhaltung der vorgeschriebenen Schrittgeschwindigkeit in verkehrsberuhigten Zonen durch Aufklärung ein und fordern stärkere Kontrollen. Auch ist über weitere Umgestaltungen nachzudenken, um Schrittgeschwindigkeit durchzusetzen. Verkehrsberuhigte Zonen müssen so gestaltet werden, dass keine Schleichwege entstehen oder gar Durchgangsverkehr.

Alle Straßen bei denen das möglich ist, weil sie z.B. inzwischen nicht mehr als Bundesstraßen klassifiziert sind sollen zurückgebaut und mit einer 30 km/h Regelung verkehrsberuhigt werden wie viele andere Nebenstraßen in Friedberg auch.

Haushaltspolitik Stadt Friedberg

Der Haushalt der Stadt Friedberg ist seit nunmehr 25 Jahren ständig in der Gefahr in Defizit zu geraten. Lediglich in Phasen guter Konjunktur, mit etwa zwei Jahren Verspätung, werden ausgeglichene Haushalte erzielt. Nach einer Konjunkturschwäche oder Wirtschaftskrise dauert es vier bis acht Jahre die vorgetragenen Verluste auszugleichen.

Die **GRÜNEN** Friedberg haben sowohl in Jahren der Opposition, als auch in den letzten fünf Jahren der Jamaika-Koalition stets eine solide Finanzpolitik betrieben und die wünschenswerten Maßnahmen in klarer, öffentlich vermittelter Prioritätensetzung abgesichert.

Dies wurde ergänzt durch teils harte Einschnitte durch Sparhaushalte. Hier haben die **GRÜNEN** Friedberg einen maßgeblichen Einfluss, der Haushalt wurde aus dem Parlament heraus, und nicht durch alleinige Vorgabe der Verwaltung –wie in vielen anderen Kommunen- bestimmt. An diesem Kurs werden die **GRÜNEN** Friedberg festhalten und einer oft vorgetragenen Klientelpolitik nicht leichtfertig nachgeben, damit für den Bürger Politik berechenbar bleibt. Die **GRÜNEN** Friedberg fordern von der Verwaltung Verbesserungen bei der fachlichen Erarbeitung von Haushalten und Konsolidierungsprogrammen. Erforderlich ist mehr Transparenz für die Entscheidungsträger (Stadtverordnetenversammlung) und die Bürger der Stadt Friedberg.

Die Misere der kommunalen Haushalte wurde seitens Bund und Land durch weitere gesetzlich zugewiesene Aufgaben verstärkt, ohne dass diese Körperschaften hierfür nach dem Konnexitätsprinzip (vergl. Artikel 137 Abs. 6 der Hessischen Verfassung) eine finanzielle Ausstattung sichergestellt haben. Die **GRÜNEN** Friedberg unterstützen daher Bestrebungen diesen Konflikt auch juristisch prüfen zu lassen. Es muss der verfassungsmäßige Auftrag zur kommunalen Selbstverwaltung bezüglich der finanziellen Ausstattung der Kommunen –und damit auch Friedbergs- überprüft werden.

Die **GRÜNEN** Friedberg werden in der Haushaltspolitik keinen Kurs des Kaputtsparens unterstützen. Das derzeitige Niveau der sogenannten „freiwilligen Leitungen“, Zuschüsse für Sport, Kultur und soziale Einrichtungen, kann nicht weiter unterschritten werden.

Potentiale in der Haushaltspolitik

Die **GRÜNEN** Friedberg treten für eine maßvolle Erweiterung der Einnahmen ein. Soweit in der Stadt Friedberg politisch keine Einnahmen durch eine Straßenbeitragssatzung erzielbar sind, muss ein entsprechendes Einnahmeäquivalent, im Vergleich mit Nachbargemeinden z.B. über erhöhte Grund- und Gewerbesteuerhebesätze erhoben werden. Dies kann dann auch offensiv gegenüber der Kommunalaufsicht vertreten werden.

Es ist zu beobachten, dass sich die Kommunen schwer tun ihre Aufgaben gemeinsam oder Arbeitsteilig zu erledigen. Die Voraussetzungen sind u.a. durch Einführung des dopischen Haushaltes verbessert. Dennoch fehlen Leistungsberechnung anhand eines Produktkataloges. Die Städte Friedberg und Bad Nauheim bilden ein gemeinsames Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums.

Synergien durch interkommunale Zusammenarbeit

Dazu muss die Stadt Friedberg in Bereichen, in den sie leistungsfähig ist, Produkte entwickeln, die sie den Nachbargemeinden „Im Tausch“ (Leistungsverrechnung) auch anderen Gemeinden anbieten kann. Es macht keinen Sinn, dass z.B. fünf Gemeinden in der näheren Umgebung ein teures Kanalspülfahrzeug besitzen, welches teils nur geringe Auslastung hat und daher auch veraltet.

Kommunale Ämter können zusammengeführt werden. Das Rechnungsprüfungsamt (derzeit ist von der Stadt Friedberg der Wetteraukreis beauftragt) sollte in den kommunalen Fokus zurückgeführt werden, eine Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden ist anzustreben. Durch die Einführung von Kostenüberwachungsinstrumenten (Controlling) sind Budgets kontinuierlich zu überprüfen.

Die **GRÜNEN** Friedberg fordern eine konsequente Analyse wie mittels Zusammenarbeit Synergien mit Nachbargemeinden zu erzielen sind.

Die Zusammenlegung von Bauhof und Stadtwerke ist erneut ernsthaft zu prüfen. Die Zusammenlegung von Dienstleistungsbausteinen soll zusammen mit Nachbargemeinden ebenfalls evaluiert werden.

Personalpolitik

In der Personalpolitik wird von der Stadtverwaltung gefordert, in allen Ämtern durch Aufgabenkritik zu prüfen, ob Maßnahmen zur Kostenreduzierung möglich sind. Neue Aufgaben können bei knappen Kassen nicht ohne zusätzliche Einnahmen eingegangen werden. Eine Ausnahme bildet der Bereich Kita und U3-Betreuung, sowie ein nachhaltiges Integrationskonzept. Es sind besondere Anstrengungen erforderlich, den Anspruch auf Betreuungsschlüssel, den Fokus „Bildung für alle“, die Erweiterung des Angebotes (Rechtsanspruch in 2013 und U3) und die leistungsgerechte Entlohnung für Erzieher und Erzieherinnen sicherzustellen.

Im Zusammenhang mit Neuausrichtung bzw. Ausschreibungen bezüglich Einrichtungen wie Zweckverband Usa-Wellenbad, Nahverkehr, Müllentsorgung, Stadthalle und Reinigung von Gebäuden werden die **GRÜNEN** Friedberg jedoch jeweils sicherstellen, dass sich die Gemeinde Friedberg nicht an Maßnahmen des Lohndumpings beteiligt. Ebenfalls wird es von uns abgelehnt, das Thema Straßenreinigung oder andere kommunale Aufgaben mit Ein-Euro-Jobs (AGH-MAE-Arbeitsgelegenheiten, Zusatzjobs für ALG-II-Empfänger) oder vergleichbaren Maßnahmen zu verknüpfen.

Hauptamtliche in Magistrat und Geschäftsführungen

Die **GRÜNEN** Friedberg haben verstärkt in der ablaufenden Wahlperiode wahrgenommen, dass eindeutige Beschlusslagen der Stadtverordneten keine Umsetzung erfahren, weil auf der Ebene der Hauptamtlichen und Geschäftsführungen Themen unzureichend aufgearbeitet werden. Beispiele sind die Ausrichtung der Stadtwerke, der Entsorgungsbetriebe, des Usa-Wellenbades, sowie der Wohnungsbaugesellschaft auf die heutigen Erfordernisse. Die **GRÜNEN** Friedberg werden daher in der kommenden Periode stärker darauf achten, dass die richtigen Personen gefunden werden Beschlusslagen auch umzusetzen. Auch der Magistrat ist in seiner Zusammensetzung zu einem „Zustimmungsorgan“ degradiert. Dazu fordern die Grünen die anderen Fraktionen auf, Leistungsträger in den Magistrat zu

entsenden, damit aus der Mitte des Magistrates heraus aktiv die Umsetzung von Stadtverordnetenbeschlüssen unterstützt werden kann.

Beteiligung Wohnungsbau GmbH

Die Wohnungsbau GmbH hat nach Auffassung der **GRÜNEN** Friedberg den politischen Auftrag günstiges Wohnen in Friedberg zu ermöglichen. Insofern war der Verkauf von 300 Wohnungen kritisch.

Ein Engagement im Bereich Grundstückankäufe Housing-Area / Kaserne ist wünschenswert.

Es ist darauf zu achten das aus der „Motivation Standortpolitik Friedberg“ der Wohnungsbau GmbH keine sie überfordernde Projekte auferlegt werden die der Zielsetzung widersprechen. Die Rolle als Mittler z.B. für die Schaffung von Studentenwohnungen sollte finanziell, räumlich und zeitlich genau definiert sein und ist auch außerhalb der Wohnungsbau finanziell abzusichern.

Kultur und Sport

Kulturelles Angebot in einer Stadt ist vielfältig. Dazu gibt es unterschiedliche Akteure. Neben kommerziellen Angeboten gibt es Vereine, die Kulturarbeit leisten, es gibt Privatpersonen, die sich kulturell engagieren und eben die öffentliche Hand – die Stadt. Grundsätzlich gilt für die **GRÜNEN** Friedberg auch in diesem Politikfeld das Subsidiaritätsprinzip. D.h. wenn Vereine oder andere Akteure eine bestimmte Kulturarbeit leisten, sollte sich die Stadt auf diesem Gebiet nicht engagieren. Für die **GRÜNEN** Friedberg gilt zunächst, dass städtische Kulturarbeit darauf hinausläuft, andere, nichtkommerzielle Kulturangebote zu unterstützen. Dies kann neben der Förderung durch Geldmittel auch durch die Förderung mit Sachmitteln geschehen, etwa durch Unterstützung bei Durchführung und Planung.

In den vergangenen Jahren hat sich hier die Stadt durchaus kooperationsbereit gezeigt, das gilt es weiterzuführen. Ziel städtischer Kulturarbeit muss es demnach sein, in den Bereichen aktiv zu werden, die bisher nicht bedient werden. Nach Auffassung der **GRÜNEN** sollte hierzu verstärkt auf andere Akteure zugegangen und gemeinsame Angebote geplant werden. So könnte z.B. in Zusammenarbeit mit den Gaststätten-Inhabern ein Live-Programm der unterschiedlichsten Stilrichtungen aufgebaut werden.

Die **GRÜNEN** Friedberg setzen sich beim Kulturangebot für eine breite Vielfalt ein. Wir glauben, dass es nicht reicht, die städtische Kulturarbeit auf eine Wiederholung eines erfolgreichen Events zu beschränken. Wir denken auch nicht, dass es vernünftig ist, das Zirkuszelt auf der Seewiese zur Dauereinrichtung werden zu lassen. Statt für einzelne Veranstaltungen einen Raum für viel Geld auf Zeit entstehen zu lassen, setzen sich die **GRÜNEN** Friedberg für den dauerhaften Betrieb für Friedberg angemessener Räumlichkeiten ein, wie es z.B. das Alte Hallenbad sein könnte. Die „Bürgerbewegung“ Altes Hallenbad ist nachhaltig zu unterstützen. Nach Vorstellung der **GRÜNEN** Friedberg muss es über das Jahr verteilt Kulturangebote geben, die sich zwischen Experiment und Mainstream bewegen, regional von Bedeutung sind und bestehende Örtlichkeiten „bespielen“.

Mit der Eröffnung des Junity hat die Stadt einen sehr gut geeigneten Veranstaltungsraum, der vor allem für die Entwicklung der Jugendkultur im Bereich Musik und Theater ein Quantensprung darstellt. Die **GRÜNEN** Friedberg gehen davon aus, dass die Jugendlichen selbstbestimmt die Kultur dieser Stadt bereichern werden. Allerdings brauchen die Jugendlichen hierbei die wohlwollende Unterstützung der Stadt, um z.B. das Soundgarden-Festival weiterführen zu können.

Kulturpolitik ist ein wichtiger Standortfaktor, insbesondere auch für junge Menschen und Familien. Die städtische Kulturpolitik hat es nach Auffassung der **GRÜNEN** Friedberg versäumt, mit einem Kindermusik-Festival im Rhein-Main-Gebiet ein Thema fantasievoll zu gestalten und professionell zu besetzen, um ein attraktives Angebot für junge Familien zu präsentieren. Die **GRÜNEN** Friedberg setzen sich hier für eine Neuauflage mit einem professionellen Konzept ein.

Friedbergs Sehenswürdigkeiten sind sehenswert! Die **GRÜNEN** sind der Überzeugung, durch neue Wege die historischen Orte in das aktuelle Leben einbinden zu können. Theater- und Musikprojekte an und in den historischen Orten sind dazu eine gute Möglichkeit.

Das Wetterau-Museum sollte durch eine Überdachung des Innenhofs ein attraktiver Veranstaltungsort werden.

Kulturarbeit kostet Geld! Allerdings muss dazu ein gut durchdachtes und engagiertes Konzept entwickelt werden. Die **GRÜNEN** werden dazu Ideen vortragen und in den Fachausschüssen Magistrat und Verwaltung zu konzeptioneller Arbeit auffordern. Nur dann wird sich das finanzielle Engagement der Stadt auch durch guten Besuch der Veranstaltungen lohnen.

Sport

Spiel und Sport sind menschliche Grundbedürfnisse. Sport macht Spaß, fördert Gesundheit, Lebensfreude, soziales Miteinander und Lernvermögen. Kommunale Sportpolitik heißt für uns vor allem, neue Bewegungsräume in Wohnquartieren zu schaffen, bzw. bei der Umgestaltung von öffentlichen Räumen auf die Möglichkeit zur sportlichen Nutzung zu achten. Wir wollen die Kultur des Straßenkicks, Streetbasketballs oder des Fangenspiels auf Spielstraßen und Plätzen fördern. Der öffentliche Raum ist für die Menschen, nicht allein fürs Auto da!

Sport hat auch eine besondere soziale Funktion für die Gesellschaft und ist eine wichtige Säule der Zivilgesellschaft. Eine zukunftsfähige Sportstätteninfrastruktur muss den Bedürfnissen einer alternden und zunehmend gesundheitsorientierten Gesellschaft gerecht werden. Faire Sportpolitik muss bei der Stadtplanung wie auch beim Bau von Bewegungs- und Sportstätten der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden.

Die bisherige Sportförderung war stark eingeschränkt auf die Bereitstellung notwendiger Einrichtungen. Dies war und bleibt richtig. Gleichzeitig muss aber immer mehr die Qualität in der Ausbildung Kriterium bei der Verteilung von Fördermitteln werden.

Die Vereine müssen sich aber auch an ihrem Engagement zum Breitensport messen lassen. Klar wird im Sport der Leistungsgedanke nie abzulegen sein, aber es muss möglich sein Angebote zu schaffen, die darüber hinaus Kinder und Jugendliche begeistern können.

Die Vereine sollen bei der Betreuung und Instandhaltung der Einrichtungen mehr einbezogen werden. Hierfür gibt es Modelle, die teilweise schon sehr erfolgreich laufen. Dem Bedürfnis der Vereine nach Raum für ihr Vereinsleben kann Rechnung getragen werden, jedoch nur in absoluter Eigeninitiative der Vereine (Modell: Stadt stellt Platz, Vereine baut und gestaltet selbst).

Wir setzen uns dafür ein, dass zusätzlich zum Burgfeld ein weiteres attraktives Sportzentrum in der Kernstadt z.B. am Warthfeld im Kasernenbereich entsteht.

GRÜNE gegen Rechts

Die **GRÜNEN** Friedberg haben das Ziel zu verhindern, dass die Rechtsextremen der NPD Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen. 65 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland wollen wir in Friedberg keine Abgeordnete, die zum Sturz der Demokratie, zur Errichtung einer Volks- und Schicksalsgemeinschaft und zur Hetze gegen Juden, MigrantInnen, Behinderten, Obdachlose und Homosexuelle aufrufen. Die **GRÜNEN** Friedberg unterstützen alle Initiativen die das Ziel haben, den Stimmenanteil der NPD und damit ihren künftigen Einfluss in unserer Stadt so klein wie nur möglich zu halten.

Denn die NPD ist in Friedberg bereits jetzt aktiv. Zwei Demonstrationen und das Verteilen von rechten Musik-CDs an Friedberger Schulen im vergangenen Jahr zeigen, dass sie unter den Bürgern unserer Stadt auf Zustimmung zu ihrem Weltbild hofft. Besonders wirbt die NPD um Kinder und Jugendliche. Dabei spielt ihr zu, dass Rechtsextremismus in viele Jugendkulturen eingedrungen ist, insbesondere in der Musik. Die NPD besetzt dadurch Lücken, die durch die zurückgehende Jugendarbeit vieler Kommunen aufgerissen werden. Die **GRÜNEN** Friedberg bekämpfen diese Tendenzen indem sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Friedberg Schülern und Jugendlichen aller Kulturen ein vielfältiges, demokratisch geprägtes Bildungs- und Freizeitangebot macht

Unsere Demokratie ist gefährdet, wenn nicht alle Menschen als gleichwertig angesehen und behandelt werden. Genau dies bekämpft die NPD. Dabei hat das Bild des Rechtsextremen als „dumme Glatze“ seine Gültigkeit seit langem verloren. Rechtes Gedankengut ist vielmehr bis in die Mitte der Gesellschaft hinein hoffähig geworden. Diskussionen um die Äußerungen Sarazins und Seehofers in jüngster Zeit machen deutlich wie sehr rechte Positionen der Ausgrenzung in die politische Debatte der Mitte vorgedrungen sind.

Dagegen gilt es die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten offensiv zu führen. Die **GRÜNEN** Friedberg treten ein für eine demokratische Erinnerungskultur gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Engagement gegen Rechts ist für uns kein Konjunkturthema, sondern kontinuierlicher grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht.

Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Deshalb stärken wir zivilgesellschaftliche Programme und demokratische Netzwerke gegen Rechtsextremismus. Deshalb treten die **GRÜNEN** Friedberg für mehr aktive Bürgerbeteiligung in der Stadtpolitik ein. Denn positive Erfahrungen mit der Demokratie machen immun gegen demokratiefeindliche Denkmuster.